

Verfassung und Verwaltungsorganisation

Veränderungen in den Vertretungskörpern

Der Gemeinderat wählte am 25. Jänner 1974 für die neue Wahlperiode die Gemeinderäte Professor *Bittner*, Dr. *Erika Danzinger*, *Johanna Dohnal*, *Franziska Fohler*, *Gawlik*, *Hanke*, *Herbert Mayr*, Dr. *Müller* und *Traindl* zu Mitgliedern des Kuratoriums des Fonds „Wiener Jugendhilfswerk“. Die Gemeinderäte Dr. *Drennig* (ÖVP) und *Matza* (ÖVP) legten ihre Mandate mit Wirksamkeit vom 26. September 1974 zurück. In den Gemeinderat wurden berufen und am 27. September 1974 ange-lobt: *Franz Blauensteiner* (ÖVP) und *Johannes Prochaska* (ÖVP). In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich am 27. September 1974 folgende Änderungen: Gemeinderatsausschuß II: Gemeinderat *Hoffmann* (ÖVP) für Gemeinderat Dr. *Drennig* (ÖVP); Gemeinderatsausschuß III: Gemeinderat *Prochaska* (ÖVP) für Gemeinderat *Traindl* (ÖVP); Gemeinderatsausschuß IV: Gemeinderat *Traindl* (ÖVP) für Gemeinderat *Matza* (ÖVP); Gemeinderatsausschuß VIII: Gemeinderat *Blauensteiner* (ÖVP) für Gemeinderat *Hoffmann* (ÖVP). Das Mitglied des Bundesrates *Franz Bednar* (SPÖ) legte mit Wirksamkeit vom 2. Dezember 1974 sein Mandat zurück. Der bisherige Ersatzmann *Josef Schweiger* (SPÖ) wurde Mitglied des Bundesrates. Der Wiener Landtag wählte am 22. November 1974 Bezirksvorsteher *Johann Paulas* (SPÖ) zum Ersatzmitglied. In den Verwaltungsausschuß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien wurde Dr. *Claus J. Raidl* (ÖVP) am 5. Juli 1974 für Dkfm. Dr. *Romuald Riedl* (ÖVP), in den Aufsichtsrat der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt wurden Gemeinderat *Daller* (ÖVP) am 25. Jänner 1974 für Stadtrat *Neusser* (ÖVP) sowie die Gemeinderäte *Pelzelmayr* (ÖVP) und Dr. *Zeman* (SPÖ) am 31. Mai 1974 für Nationalratsabgeordneten Univ.-Prof. Dr. *Gisel* (SPÖ) und Gemeinderat i. R. *Kowarsch* (ÖVP) entsendet.

Der Gemeinderat trat zu 12 öffentlichen und 10 nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu 8 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 42, die Landesregierung 40, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 5, der Unvereinbarkeitsausschuß und das Immunitätskollegium je 2 Sitzungen ab. Besonders hervorzuheben ist eine Trauersitzung des Gemeinderates am 29. April 1974 aus Anlaß des Ablebens des Bundespräsidenten Dr. h. c. *Franz Jonas*. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 1.235 Geschäftsstücke, der Landtag 18, der Stadtsenat 3.609, die Landesregierung 497, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 10, der Unvereinbarkeitsausschuß 3 und das Immunitätskollegium 2.

Magistratsdirektion

Der Gesamteinlauf im Büro der Magistratsdirektion einschließlich der Geschäftsstücke für die Amtsinspektion sowie der Bürgermeisterakten betrug 30.979 Dienststücke.

Das Büro der Magistratsdirektion erstattete im Jahre 1974 74 Gutachten zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes sowie zu 9 Gesetz- und Verordnungsentwürfen anderer Bundesländer. Weiters wurden Vorarbeiten zu 3 Wiener Landesgesetzen, 3 Verordnungen der Landesregierung, 2 Verordnungen des Landeshauptmannes und 13 Kundmachungen geleistet.

Zur Regelung organisatorischer und rechtlicher Fragen wurden im Büro der Magistratsdirektion 70 Runderlässe herausgegeben.

Die Disziplinarkommission behandelte 40 Fälle; der Disziplinarberufungskommission lagen 6 Berufungen zur Entscheidung vor.

Anträge auf auszeichnungswise Verleihung von Berufstiteln und staatlichen Auszeichnungen langten 310 ein.

Von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses wurden 414 städtische Bedienstete entbunden.

Im Aufsichtsjahr langten 14 Aufsichtsbeschwerden ein.

Der Prüfung für den rechtskundigen Dienst unterzogen sich 15 Beamte mit Erfolg.

Im Jahre 1974 wurden 6 Beflagungen der städtischen Amtshäuser und Objekte angeordnet.

Das Präsidialbüro hatte neben der Erledigung der umfangreichen allgemeinen Präsidialangelegenheiten und den zahlreichen administrativen Arbeiten auch die Bearbeitung von 7.029 protokollierten Schriftstücken durchzuführen.

Das Referat für Repräsentation und Ehrungen war mit der Vorbereitung und Durchführung von 467 gesellschaftlichen Veranstaltungen, bei welchen 50.820 Gäste, von denen 17.454 aus dem Ausland waren, gezählt wurden, befaßt. 37 Feierstunden, Festakte aus besonderen Anlässen, Angelobungs- und Verabschiedungsfeiern für städtische Bedienstete sowie 29 Eröffnungsfeiern neben 932 Veranstaltungen kleineren Umfanges wurden durchgeführt. Weiters waren für einzelne Besuchergruppen Stadtrundfahrten und die Besichtigung verschiedener Objekte zu organisieren. Letztlich muß noch die Besuchsvorbereitung und Betreuung von ausländischen Delegationen als besonders arbeitsintensiv erwähnt werden.

Im Wiener Rathaus konnten im Jahre 1974 folgende prominente Besucher begrüßt werden: Bürgermeister Dr. Clelio *Darida* aus Rom, Ihre Königliche Hoheit Prinzessin *Alexandra* von Kent, der Staatspräsident von Mexiko Luis *Echeverria*, Bürgermeister Hans *Hansson* aus Göteborg, der deutsche Außenminister Walter *Scheel*, der Außenminister vom Sudan Dr. Mansour *Khalid*, Oberbürgermeister Brynjulf *Bull* aus Oslo, Bürgermeister Ing. Marcello *Spaccini* aus Triest, der Premierminister von Syrien Mahmoud *Al-Ayoubi*, der polnische Bautenminister A. *Karkoszka*, Bundespräsident Dr. Rudolf *Kirchschläger*, der Präsident des Ministerrates Polens Piotr *Jaroszewicz*, Bürgermeister Wladimir *Promyslow* aus Moskau, Stadtpräsident Egon *Weidekamp* aus Kopenhagen und Oberbürgermeister Klaus *Bungert* aus Düsseldorf.

In der Volkshalle des Rathauses wurden im Jahre 1974 folgende A u s s t e l l u n g e n gezeigt: Vom 1. bis 23. Februar „Piazza Navona — Centro di Roma“ (10.845 Besucher), vom 16. bis 31. März „Polnische Malerei und Graphik“ (4.020 Besucher), vom 27. April bis 12. Mai „So ist Oslo“ (10.655 Besucher), vom 8. Juli bis 11. August „Wiener Spaziergänge“ (52.710 Besucher), vom 16. bis 24. November „Familie Kopenhagen“ (3.820 Besucher) und vom 30. November bis 16. Dezember „Düsseldorf trifft Wien“ (7.540 Besucher).

Anlässlich von E r ö f f n u n g e n, Grundsteinlegungen, Inbetriebnahmen oder Verkehrsübergaben waren in folgenden Fällen Feiern zu veranstalten: Eröffnung der Ausstellung „Piazza Navona — Centro di Roma“, Eröffnung der Volks- und Hauptschule für Knaben und Mädchen in 21, Herzmanovsky-Orlando-Gasse, Eröffnung des Kurmittelhauses im Kurzentrum Wien-Ober-Laa, Eröffnung der Ausstellung „Polnische Malerei und Graphik der Gegenwart“, Eröffnung der Wiener Internationalen Gartenschau 1974, Eröffnung der Ausstellung „So ist Oslo“, Verkehrsfreigabe der Unterführung der Simmeringer Hauptstraße im Zuge der B 10 unter der Donauländebahn, Eröffnung der Arnold *Schönberg*-Ausstellung, Eröffnung der Niederösterreich-Tage, Eröffnung der Karl *Kraus*-Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstages, Eröffnung der Volksschule für Knaben und Mädchen in 11, Rzehakgasse 9, Eröffnung der Volks-, Haupt- und Sonderschule für Knaben und Mädchen in 11, Florian Hedorfer-Straße 20—26, Inbetriebnahme der Fluglinie Wien—Triest, Eröffnung der Knaben- und Mädchen-Volksschule in 2, Vorgartenstraße 210, Eröffnung der Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe in 11, Simmeringer Hauptstraße 252, Eröffnung des neuen Amtshauses für den 22. Bezirk, Schrödingerplatz 1, Eröffnung der Volks- und Hauptschule für Knaben und Mädchen in 21, Jochbergengasse 13—15, Eröffnung der Volks- und Hauptschule für Knaben und Mädchen in 22, Prinzgasse 3, Eröffnung des städtischen Dianabades in 2, Lilienbrunnengasse 7—9, Eröffnung der Volksschule für Knaben und Mädchen in 23, Anton Baumgartner-Straße 119, Eröffnung des Stadthallenbades, Eröffnung der „Stadt des Kindes“, Grundsteinlegung für das Pensionistenheim in 23, Gatterederstraße, Eröffnung der Fußgängerzone Kärntner Straße, Eröffnung der Veranstaltungsreihe „Rumänien heute“, Eröffnung der Ausstellung „100 Jahre Favoriten“, Neubelegung der 2. Gräbergruppe für die Anatomie, Eröffnung der Wiener Luftzentrale, Enthüllung der wiederaufgestellten Büste Edmund *Eyslers*, Eröffnung der Ausstellung „Familie Kopenhagen“, Eröffnung der Ausstellung „Düsseldorf trifft Wien“, Eröffnung der Volksschule für Knaben und Mädchen in 21, Dopschstraße 25.

Im Jahre 1974 fanden folgende Überreichungen, Verleihungen und Ehrungen statt:

Überreichung der Bürgerurkunde an den Ersten Präsidenten des Wiener Landtages a. D. Dr. Wilhelm *Stemmer* und an den Dritten Präsidenten des Wiener Landtages KR Karl *Mühlhauser*.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold erhielten Direktor Gustav *Manker*, em. o. Univ.-Prof. Dr. DDr. h. c. Erich *Schenk* und Prof. Friedrich *Torberg*.

Das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Kontrollamtsdirektor Dr. Fritz *Delabro*, Generaldirektor Dr. Karl *Reisinger*, Bischof i. R. Dr. h. c. Gerhard *May*, Stadtbaudirektor a. D. Prof. Dr. Rudolf *Koller*.

Das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Bundesminister a. D. Abgeordneter zum Nationalrat KR Otto *Mitterer*, Botschafter DDr. Arthur *Breycha-Vauthier*, Präsident Dr. h. c. Julius *Meinl*, Generaldirektor i. R. Dipl.-Ing. DDr. Josef *Stummvoll*, Generalrat Karl *Ausch*, Magnifizienz Univ.-Prof. Dr. Paul *Bernecker*, Präsident Dr. Hugo *Dvorak*.

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Prof. Dr. h. c. Manfred *Mautner Markhof*, KR Ing. Karl *Dittrich*, Senatsrat Dipl.-Ing. Alfred *Kling*, Prof. Dr. Ernst *Bernleithner*, KR Hans *Holzer*, Generaldirektor-Stellvertreter KR Karl Hans *Schönbichler*, Bundesrat a. D. Hella *Hanzlik*, Gemeinderat HR Markus *Bittner*, Gemeinderat KR Dkfm. Dr. Erich *Ebert*, Gemeinderat Otto *Gratzl*, Gemeinderat Oberst Roman *Köchrl*, Gemeinderat Herbert *Mayr*, Gemeinderat Michael *Sagmeister*, Gemeinderat Franz *Schreiner*, Gemeinderat Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang *Strunz*, Gemeinderat a. D. Dipl.-Ing. Walter *Blaschka*, Gemeinderat a. D. DDr. Viktor Leo *Gräf*, Gemeinderat a. D. Heinrich *Kowarsch*, Gemeinderat a. D. Johann *Nimmerrichter*, Gemeinderat a. D. Josef *Windisch*, Bezirksvorsteher Hubert *Feilnreiter*, Bezirksvorsteher Emil *Fucik*, Bezirksvorsteher Hubert *Hladej*, Bezirksvorsteher Wilhelm *Hradil*, Bezirksvorsteher Rudolf *Köppl*, Bezirksvorsteher Johann *Stroh*, Bezirksvorsteher a. D. Abgeordneter zum Nationalrat a. D. Leo *Mistinge*, Bezirksvorsteher a. D. Franz *Seitler*, Polizeivizepräsident Dr. Rudolf *Steinkellner*, Generalinspektor Dr. Günther *Bögl*, Hofrat Dipl.-Ing. Franz *Bittner*, Hochschulprofessor Dr. *Teichmann*, Direktor KR C. *Wolff*, Primarius Dr. E. *Zellner*, Direktor Prof. Dr. R. *Dönch*, Oberphysikatsrat Dr. *Getreuer*, Vizepräsident Dr. *Kocevar*, Wirkl. HR Dr. G. *Pichler*, Direktor i. R. HR Dr. F. *Ritschl*, Senatsrat i. R. Prof. Dr. F. *Wernigg*.

Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten KR Dr. Friedrich *Adamek*, KR Josef *Fröhlich*, Stadtrat Wilhelm *Neusser*, KR Egon *Wollner*, KR Herbert *Fritzsche*, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Herbert *Maschek*, TOAR Ing. Franz *Hornacher*, TOAR Ing. Willibald *Zöhrer*, OAR Josef *Donner*, Lawrence P. *Davis*, Direktor Gottlieb *Kozel*, KR Josef *Fischer*, KR Peter *Pflaum*, Justizwacheoberst i. R. Karl *Thier*, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Walter *Felder*, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ing. Karl *Marksteiner*, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Alois *Losert*, KR Josef *Fröhlich*, Direktor i. R. Dkfm. Kurt *Pache*, Oberst Leopold *Langer*, OAR i. R. Robert *Blau*, Prof. Otto *Stradal*, Franz *Traintinger*.

Das Goldene Verdienstzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Victor *Hess*, TAR Rudolf *Ambros*, TAR Ing. Karl *Buschek*, KR Franz *Blaha*, Direktor Paula *Marburg*, Prof. Richard Paul *Beck*, Walter *Henisch*, Kriminalbezirksinspektor Walter *Strutzenberger*, Pater Dr. Peter *Bolech*, Wilhelm *Danner*, Alfred Josef *Ellinger*, Anton *Elsner*, Generalsekretär Ernst *Kolm*, Hans R. *Nack*, Karl *Prochaska*, Ludwig *Schuster*, Grete *Kment-Montandon*, Dr. Hans *Asenbauer*, Prof. Viktor *Hammer*, Ober-sanitätsrat Dr. *Kramer*, Ing. Paul *Meihsl*, Medizinalrat Dr. *Röhrig*, Oberstleutnant Werner *Peter*, Major Egon *Ehrlich*, Major Rudolf *Hunger*, Amtsdirektor Garo *Gamauf*, Emmerich *Arleth*, Stefan *Brunner*, Richard *Czapek*, Direktor i. R. Hans *Grünauer*, Rudolf *Jamm*, Direktor Paul *Löwinger*, Medizinalrat Dr. Karl *Müller*, Erich *Pink*.

Das Silberne Verdienstzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Liane *Fischer*, Gertrude *Eichberger*, Bruno *Fenz*, Franz *Herro*, Leopold *Prochaska*, Leopold *Weichart*, Josef *Tichy*, Theodor *Gindl*, Rudolf *Rodr*, Josef *Blaseotto*, Wilhelm *Kuso*, Otto *Strohriegel*, Franz *Newweg*, Heinrich *Pechek*, Polizeigruppeninspektor Karl *Podrazil*, Polizeibezirksinspektor Kurt *Braun*, Polizeibezirksinspektor Karl *Fasching*, Polizeibezirksinspektor Leopold *Fischer*, Polizeibezirksinspektor Franz *Kasafirek*, Polizeibezirksinspektor Robert *Klaer*, Polizeibezirksinspektor Otto *Klojcnik*, Polizeibezirksinspektor Friedrich *Kodydek*, Polizeibezirksinspektor Otto *Kvartic*, Polizeibezirksinspektor Rudolf *Portschy*, Polizeibezirksinspektor Wilhelm *Rosbacher*, Polizeibezirksinspektor Otto *Tillinger*, Polizeibezirksinspektor i. R. Karl *Vogel*, Polizeirevierinspektor Ernst *Bassler*, Polizeirevierinspektor Josef *Haumaier*, Polizeirevierinspektor Wilhelm *Hosemann*, Polizeirayonsinspektor Kurt *Schmalzl*, Polizeirayonsinspektor Johann *Schremser*, Polizeirayonsinspektor i. R. Viktor *Hink*, Vizeleutnant Georg *Bohrn*, Vizeleutnant Rudolf *Heinz*, Vizeleutnant Ernst *Machl*, Vizeleutnant Otto *Seveceke*, Vizeleutnant Maximilian *Sinzinger*, Offizierstellvertreter Horst *Balzer*, Offizierstellvertreter Reinhold *Hefler*, Offizierstellvertreter Werner *Schimak*, Kanzleioffizial Hedwig *Lang*, Fachinspektor Franz *Mila*.

Die Rettungsmedaille erhielten Oberfeuerwehrmann Hein *Obruca*, Oberfeuerwehrmann Peter *Schüller*, Polizeirayonsinspektor Franz *Schüller*, Polizeiwachmann Gottfried *Mannsberger*.

Die Josef Kainz-Medaille erhielten Kammerschauspielerin Judith *Holzmeister*, Michael *Heltau*, Erwin *Axer*, Georg *Schmid*.

Die Förderungspreise zur Josef Kainz-Medaille erhielten Therese *Affolter*, Hagnot *Elischka*, Hans *Gratzer*.

Die Julius Tandler-Medaille erhielten Alfred *Guttman*, Elisabeth *Horak*, Oberschwester Cäcilie *Wolf*.

Die Preise der Stadt Wien erhielten Manes *Sperber*, Heinz *Politzer*, Ilse *Aichinger*, Dr. Hans Heinz *Habnl*, Hochschulprofessor Dr. Friedrich *Cerha*, Tino *Erben*, Prof. Mag. arch. Hans *Hollein*, Univ.-Prof. Dr. Heinrich *Küpper*, Dr. Hans *Fellinger*.

Die Förderungspreise der Stadt Wien erhielten Dr. Peter *Rosei*, Peter von *Tramin*, Thomas *Christian David*, Rüdiger *Seitz*, Martha *Jungwirth*, Ernst *Skricka*, Prof. Dr. Karl *Arnold*, Dr. Volkmar *Parschalk*, Dipl.-Ing. Dr. Anton *Bammer*, Univ.-Ass. Dr. Gerd *Kaminski*, Univ.-Ass. Dr. Hans *Kothbauer*, Univ.-Ass. Dr. Georg E. *Schmid*.

Die Verdienstplaketten in Gold, Silber und Bronze für besondere Leistungen auf dem Gebiet des Siedlungs- und Kleingartenwesens erhielten 205, Ehrenzeichen der Republik Österreich 34 Personen.

Ferner fanden die Dekretüberreichungen aus Anlaß der Verleihung von Berufstiteln an drei Personen, drei Angelobungsfeiern und zwei Verabschiedungsfeiern für städtische Bedienstete statt.

Im Jahre 1974 wurden 5 Steinerne, 12 Eiserner, 114 Diamantene und 1.538 Goldene, somit insgesamt 1.669 Hochzeitsjubiläpaare geehrt und ihnen die Erinnerungsdiplome sowie die Anerkennungsgaben der Stadtverwaltung übergeben. Ebenso konnten 1.227 neunzigjährige und 31 hundert- und mehrjährige, also insgesamt 1.258, Wiener geehrt und ihnen eine Anerkennungsgabe der Stadt Wien übergeben werden.

Der Dolmetsch- und Übersetzungsdienst war bei verschiedensten Veranstaltungen und bei der Betreuung ausländischer Besucher mit Dolmetschdiensten befaßt. Weiters sorgte er für die Übersetzung von 1.339 Dienststücken aus beziehungsweise in 21 Sprachen.

Die Revisionstätigkeit der **Amtsinspektion** hatte im Jahre 1974 vorwiegend Bereiche zum Gegenstand, deren Überprüfung sowohl durch Anträge auf Vermehrung oder Neubewertung von Dienstposten als auch durch Anträge auf Zuerkennung von Nebengebühren geboten erschien. Derartige Anträge mußten in vielen Fällen wieder in Amtsbesprechungen mit Dienststellenleitern und Personalvertretern behandelt werden. Um eine möglichst gleichartige Durchführung der Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen der Bauordnung zu erreichen, wurden in mehreren Bezirksämtern alle einschlägigen Akten einer Überprüfung unterzogen und allfällige Mängel sofort aufgezeigt beziehungsweise abgestellt.

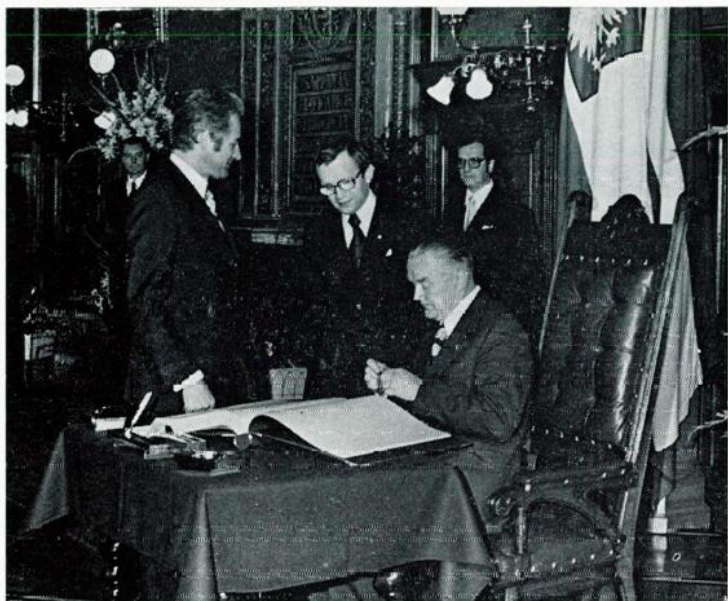
Mit Genehmigung des Gemeinderates hat die **Amtsinspektion** nach umfangreichen Vorarbeiten Ende 1974 an die Österreichische Gesellschaft für Arbeitstechnik und Betriebsrationalisierung GmbH den Auftrag „Untersuchung der Wäschereinigung (auch chemische Reinigung) im Bereich des Magistrates der Stadt Wien (ausgenommen die Wiener Stadtwerke)“ vergeben. Das Ergebnis der Untersuchung soll die Grundlage für allfällige Entscheidungen über den Umbau, Ausbau, Neubau oder die Auflassung von städtischen Wäschereianlagen und den Umfang der Wäschereinigung durch private Firmen bilden. Die bisherigen magistratsinternen Untersuchungen über die Wäschereinigung, an denen auch das Kontrollamt beteiligt war, haben nämlich gezeigt, daß eine umfassende Bestandsaufnahme, Analyse und Prognose durch ein außerhalb des Magistrates stehendes Institut zweckmäßig wäre.

Erwähnenswert sind auch die organisatorischen Vorbereitungsarbeiten und die Betreuungstätigkeit im Zusammenhang mit der Erteilung von **Ausnahmebewilligungen vom tageweisen Fahrverbot**. Auf Grund des Bundesgesetzes über Verkehrsbeschränkungen zur Sicherung der Treibstoffversorgung hat der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie mit Verordnung vom 4. Jänner 1974 ein tageweises Fahrverbot für Personen- und Kombinationskraftwagen erlassen. In der außerordentlich kurzen Zeit zwischen dem Bekanntwerden des Inhaltes dieser Verordnung und ihrem Inkrafttreten mußten für die Ausnahmebewilligungen von diesem Verbot möglichst einfach zu handhabende Vorgangsweisen gefunden und zweckmäßig gestaltete Drucksorten aufgelegt werden. Es zeigte sich dann, daß Wien als erstes Bundesland ein praktikables organisatorisches Konzept zur Bewältigung des zu erwartenden Andranges der Bevölkerung ausgearbeitet hatte, auf das bereits bei der Kundmachung der erwähnten Verordnung zurückgegriffen werden konnte. Obwohl insgesamt rund 51.000 Anträge auf Erteilung einer Ausnahmebewilligung vom tageweisen Fahrverbot gestellt wurden — das ist für mehr als 13 Prozent aller in Betracht kommenden Wiener Kraftfahrzeuge — und darüber hinaus noch viele tausende Zulassungsbesitzer bei den Behörden vorsprachen, war ein rascher und reibungsloser Ablauf der gesamten Aktion gegeben. Selbstverständlich mußte den magistratischen Bezirksämtern vorübergehend zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt und der Parteienverkehr bis in die Abendstunden (20 Uhr) erstreckt sowie auch an Samstagen abgehalten werden. Während dieser Aktion wurden die magistratischen Bezirksämter nicht nur in organisatorischer, sondern auch in rechtlicher Hinsicht von der **Amtsinspektion** betreut (Instruktionen, Rundsprüche); so konnten auftretende Probleme raschest bereinigt werden. Die sehr geringe Anzahl von Beschwerden beweist, daß es tatsächlich gelungen ist, diese unvermutet aufgetretene Belastung der Verwaltung in den Griff zu bekommen und dabei gleichzeitig auch den Bedürfnissen der Bevölkerung zu entsprechen.

Die von den Dienststellen vorgenommenen Bestellungen von **Büchern, Zeitschriften und Stampiglien** waren auf ihre Berechtigung zu prüfen und erforderlichenfalls sinnvoll zu koordinieren. Weiters wurde auf dem **Drucksortensektor** bei allen Aufträgen zum Druck oder zur



Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger bei der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Wien. Bürgermeister und Landeshauptmann Leopold Gratz hatte das Staatsoberhaupt zu einem zweitägigen Besuch des Bundeslandes Wien eingeladen



Polens Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz besuchte anlässlich seiner offiziellen Österreich-Visite auch das Wiener Rathaus, wo er von Bürgermeister Leopold Gratz begrüßt wurde

Magistratsdirektion

Der Staatspräsident von Mexiko Luis Echeverria stattete während seines offiziellen Österreich-Aufenthaltes auch dem Wiener Rathaus einen Besuch ab





Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Walter Scheel trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Vizebürgermeister Hubert Pfoch begrüßte den Gast

Magistratsdirektion

Der Außenminister des Sudans Dr. Mansur Khalid kam im Rahmen seines Österreich-Besuchs auch in das Wiener Rathaus, wo er von Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner begrüßt wurde und sich in das Goldene Buch der Stadt Wien eintrug





Tausend Worte Deutsch lernen die neuangekommenen philippinischen Krankenschwestern, bevor sie ihren Dienst am Krankenbett antreten

Personalwesen

An drei Wiener Kinderkrankenpflegesschulen werden Schwesternschülerinnen in Kinderkrankenpflege ausgebildet: Brutkasten in der Kinderklinik Glanzing



Vervielfältigung von Sonderdrucksorten eine Prüfung der formellen Richtigkeit der herzustellenden Drucksorte sowie allenfalls auch der Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit der beantragten Auflagenhöhe vorgenommen und im Rahmen des Drucksortenkomitees an der Gestaltung allgemeiner Drucksorten mitgewirkt.

Auf dem Gebiet der Arbeits- und Bürotechnik wurden die Anträge der Dienststellen auf Anschaffung und Zuteilung von Büromaschinen verschiedenster Art sowie auf Errichtung von fernmeldetechnischen Einrichtungen auf Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit geprüft. Der im Vorjahr begonnene Austausch von veralteten Photokopiergeräten gegen modernste, nach elektrostatischem Prinzip arbeitende Direktkopiergeräte wurde fortgesetzt. Dadurch konnten Verwaltungsvorgänge beschleunigt und wesentliche Kostenersparnisse erzielt werden. Direktkopiergeräte wurden aber auch Dienststellen, die bisher trotz entsprechenden Bedarfs keine Kopiermöglichkeit hatten, zugeteilt. Mit Jahresende 1974 verfügten nahezu alle großen Amtshäuser und bereits 16 der 19 magistratischen Bezirksämter über Kopiergeräte modernster Art.

Im September 1974 fanden die Besprechungen mit den Dienststellenleitern über die Festlegung des Dienstpostenplanes für das Jahr 1975 statt. Diese Besprechungen verliefen besonders schwierig, weil viele Dienststellen schon vorher mündlich im Hinblick auf die Einführung der 40-Stunden-Woche erhöhte Personalwünsche angemeldet hatten. In den intensiven Vorbesprechungen konnten die Vorstellungen der Dienststellen jedoch weitgehend reduziert werden. Aus dem Titel der Arbeitszeitverkürzung wurde mit Ausnahme des kontinuierlichen Dienstes im allgemeinen keine Dienstpostenvermehrung zugestanden. Dennoch betrug der von den Dienststellen für 1975 geltend gemachte Bedarf 2.074 zusätzliche Dienstposten. In den weiteren Verhandlungen konnte dieser Bedarf auf 1.562 Dienstposten zurückgeführt werden. Stark vermehrt mußten die Dienstpostenstände im Bereiche der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten (1.051 Dienstposten, vor allem Ärzte, Krankenschwestern, medizinisches Hilfspersonal), bei den Kindertagesheimen, beim Stadtgartenamt (für die Betreuung der Großgrünanlage Laaer Berg), bei der Bäderverwaltung (Inbetriebnahme des Dianabades) und bei der Schulverwaltung (insbesondere Bedienerinnen für neue Schulklassen) werden.

Durch organisatorische Maßnahmen konnten im Berichtsjahr in einigen Magistratsabteilungen insgesamt 44 Dienstposten gestrichen werden.

Seit dem Jahre 1973 werden bestimmte frei werdende Posten, zum Beispiel Leiter von Magistratsabteilungen und magistratischen Bezirksämtern, leitende Bedienstete in zentralen Bereichen der Magistratsdirektion, der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke und der Stadtbauamtsdirektion, ausgeschrieben. Die Eignung der Bewerber wird von einer Kommission beurteilt, die sich aus Vertretern der Stadt Wien und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zusammensetzt. Diese Begutachtungskommission erstattet sodann an den Bürgermeister einen Nominierungsvorschlag, der in der Regel die drei bestqualifizierten Bewerber zu enthalten hat. Das Ausschreibungsverfahren und die Bürogeschäfte der Kommission werden von der Amtsinspektion geführt. Im Berichtsjahr wurden die Dienstposten des Stadtbaudirektors, des Leiters der Gruppe Tiefbau in der Stadtbauamtsdirektion, der Leiter von 16 Magistratsabteilungen und des Leiters des magistratischen Bezirksamtes für den 17. Bezirk ausgeschrieben.

In Anpassung an die Reform des Ausbildungs- und Prüfungswesens wurde eine Reihe von neuen Skripten auf den verschiedensten Rechtsgebieten und sonstigen Gebieten aufgelegt, wobei diese Skripten so gestaltet worden sind, daß sie nicht nur als Behelfe für die Vorbereitung auf die Dienstprüfungen verwendet werden können, sondern auch eine geeignete Grundlage für die Tätigkeit in der Praxis bilden. Die Notenskala für die Ablegung der verschiedenen Dienstprüfungen wurde vereinheitlicht. Im Berichtsjahr wurden erstmals die Prüfungen für den rechtskundigen Dienst nach den neuen Vorschriften durchgeführt. Die Amtsinspektion hatte die für die Prüfung von 15 Beamten des rechtskundigen Dienstes erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen und zum Teil auch die Betreuung der Kandidaten während der Prüfung zu übernehmen.

In der Verwaltungsakademie wurde neben den Vorbereitungskursen für die Dienstprüfungen auch ein Seminar für die Vortragenden in solchen Kursen veranstaltet, um sie mit den Grundsätzen der Didaktik, gruppodynamischen Prozesse usw. vertraut zu machen. Die Kursprogramme haben insgesamt neuerlich eine Ausweitung erfahren. Bei der Organisation der für alle städtischen Bediensteten zugänglichen Veranstaltungen wurden bestimmte Vorträge in Zyklen zusammengefaßt, wie etwa „Bauwesen, Stadterhaltung, Stadterneuerung“, „Umwelt und Umweltschutz“ und „EDV-Kurse“. Im einzelnen handelte es sich um Kurse über automatische Datenverarbeitung und Vorträge über Altstadterhaltung, neue Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Bauwesens, einzelne Probleme des Umweltschutzes, Grundzüge der Wohnbauförderung und Wohnungsverbesserung, die Energiever-

sorgung des Landes Wien und anderes mehr; Exkursionen wie zum Beispiel in die Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe, das Historische Museum der Stadt Wien, das Kraftwerk Donaustadt sollten den städtischen Bediensteten die Einrichtungen der Stadt Wien näherbringen.

Besonderes Augenmerk wurde im vergangenen Jahr auch der Fortbildung der Bediensteten zugewendet. Da auf verschiedenen Rechtsgebieten neue Vorschriften in Kraft getreten sind, waren Bedienstete der magistratischen Bezirksämter, technische Amtssachverständige, Marktamtsbedienstete und andere in intensiven Schulungen mit den einzelnen Rechtsvorschriften (zum Beispiel der Gewerbeordnung 1973, der letzten Mietengesetznovelle usw.) vertraut zu machen, wobei stets auch auf die praktische Handhabung beziehungsweise das verwaltungsökonomische Handeln Bedacht genommen wurde. Weiters sind noch die Seminare des Jugendamtes (Groupwork-, Management-, Supervisions- und Vormünderseminar, Fortbildungskurse für Kindergärtnerinnen) und des Sozialamtes (Fortbildungsseminar für Mitarbeiter in der Eheberatung und Familienplanung) zu erwähnen. Die erstmals 1973 begonnene Schulungen für den Parteiverkehr wurden mit drei weiteren Seminaren fortgesetzt. Für die Lenker des Personenkraftwagenbetriebes wurden Kurse in Erster Hilfe veranstaltet. Ferner waren auch Stenographiekurse im Kursprogramm enthalten. Neu ins Programm aufgenommen wurde eine Diktantenschulung (Verwendung von Diktiergeräten). Die städtischen Bediensteten wurden aber auch zu Veranstaltungen anerkannter in- und ausländischer Institute entsendet, um dort eine entsprechende Aus- und Fortbildung zu erfahren (zum Beispiel in Seminaren über Managementmethoden und Fachseminaren über verschiedene Themen).

Der Unterricht in Fremdsprachen wurde weitergeführt. Den Teilnehmern an den Englischkursen wurde durch Ankauf von Abonnements die Möglichkeit geboten, Vorstellungen des Englischen Theaters zu besuchen. Eine beträchtliche Ausweitung des Sprachunterrichtes ergab sich aus der Einrichtung von Intensivkursen für neu ankommende philippinische Krankenschwestern. Diese erhalten während einer Dauer von 6 Wochen täglich 4 Stunden Deutschunterricht.

Die kurz bevorstehende Fertigstellung des neuen Fleischzentrums St. Marx machte es erforderlich, in der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien für eine möglichst effiziente Betriebsführung Vorsorge zu treffen. Die nur als Übergangslösung gedachte Aufteilung der Kompetenzen auf das Marktamt und das Veterinäramt wurde durch eine einheitliche, organisatorische, wirtschaftliche und technische Leitung in Form einer betriebsmäßig geführten neuen Dienststelle, der Magistratsabteilung 55 — Markt- und Schlachtbetrieb, ersetzt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß durch diese Neuorganisation des Fleischzentrums St. Marx eine Personaleinsparung von 76 Dienstposten erreicht werden konnte. Zusätzliche Änderungen der Geschäftseinteilung ergaben sich aus organisatorischen Verbesserungen in anderen Bereichen und aus neuen gesetzlichen Regelungen (Gewerbeordnung 1973, Zivildienstgesetz, Baumschutzgesetz), die eine Änderung des Aufgabengebietes einzelner Dienststellen mit sich brachten.

Die im Jahre 1972 in Angriff genommene Reorganisation des städtischen Liegenschaftswesens wurde fortgesetzt, wobei jedoch im Berichtsjahr vor allem die neuen Vorgangsweisen in der Praxis erprobt und Erfahrungen gesammelt wurden.

Im Laufe des Jahres 1974 wurden insgesamt 14.776 Dienstreisen genehmigt. Hievon führten 508 Reisen ins Ausland. Auf vielen Dienstreisen hatten die Bediensteten die Möglichkeit, die für ihre Tätigkeit erforderlichen Erfahrungen zu sammeln. Eine Reihe von Dienstreisen wurde zum Besuch von Seminaren und Tagungen unternommen. Eine aus Funktionären und Beamten zusammengesetzte Delegation der Stadt Wien unternahm eine Reise in die USA und nach Japan zum Studium von Einrichtungen der Datenverarbeitung; eine Delegation unter Führung von Vizebürgermeister Pfoch nahm an der Eröffnung der Ausstellung „Vienna Gloriosa“ in São Paulo, Brasilien, teil. Eine andere Delegation wirkte am X. Internationalen Kongreß für Gemeinwirtschaft in Hamburg mit.

Für die Bediensteten, die ihre eigenen Kraftfahrzeuge bei der Ausübung ihres Dienstes verwendeten, wurden zu Beginn des Jahres 1974 Entschädigungen gemäß § 10 Abs. 2 der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien im Ausmaß für rund 4.853.000 Kilometer zuerkannt. Mit dem von der Amtsinspektion im Zusammenwirken mit dem Besoldungsamt ausgearbeiteten Erlaß der Magistratsdirektion vom 16. Dezember 1974, MD - 4146 - 1/74, wurde das Verfahren zur Zuerkennung dieser Entschädigungen wesentlich vereinfacht, da die Zuerkennung nun bei Bedarf jederzeit ab einem bestimmten Monatsbeginn, in der Regel ohne zeitliche Begrenzung und mit einem monatlichen Kilometerkontingent ausgesprochen werden kann — bisher waren zum Jahresende Sammelanträge einzubringen und ist die Zuerkennung jeweils nur für das nächste Jahr erfolgt — und die einzelnen Anträge direkt an das Besoldungsamt im Wege der Dienstaufsichtsstelle und der Amtsinspektion zu richten sind. Die im Falle der Genehmigung beigefügte Vidende der Amtsinspektion tritt an die Stelle der

bisherigen Genehmigungsschreiben. Dienstaufsichtsstelle und beantragende Dienststelle werden nur dann benachrichtigt, wenn einem Antrag nicht stattgegeben wird. Dadurch konnten die schriftlichen Erledigungen wesentlich reduziert und die Aktenwege verkürzt werden.

Auf dem Gebiet der Zuerkennung von **Nebengebühren** waren zu Jahresbeginn auf Grund der Umsätze des Vorjahres die Kassierzulagen jener rund 140 Bediensteten festzusetzen, die im Parteienverkehr ständig mit der Annahme und Leistung von Barzahlungen größeren Umfanges betraut sind. Weiters hatte die Amtsinspektion im Jahre 1974 über etwa 1.200 Anträge auf Zuerkennung von Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen, Stenographengebühren und Mehrdienstleistungsvergütungen zu entscheiden. Mit dem von der Amtsinspektion im Zusammenwirken mit dem Besoldungsamt ausgearbeiteten Erlaß der Magistratsdirektion vom 15. November 1974, MD - 4059 - 1/74, wurde auch das Verfahren zur Zuerkennung von Außendienst- und Sonderzulagen in ähnlicher Weise wie bei der Zuerkennung der Entschädigungen gemäß § 10 Abs. 2 der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien vereinfacht.

Weiters wurden von der Amtsinspektion im Auftrag des Herrn Bürgermeisters Vorarbeiten für einen Erlaß, betreffend eine Regelung über den **Datenschutz**, ausgearbeitet. Im wesentlichen wurden besondere Vorkehrungen zum Schutz gegen eine mißbräuchliche Verwendung von auf EDV gespeicherten personenbezogene Daten getroffen. Eine eigene Datenschutzkommission, die sich aus Beamten und politischen Mandataren zusammensetzt, soll für jede auf EDV gespeicherte Datensammlung, die personenbezogene Daten enthält, die erforderlichen Vorkehrungen (zum Beispiel Zustimmung zur Weitergabe von Daten, Einschränkung des Verfügungsrechtes über Daten) treffen. Die neuen Bestimmungen des Mietengesetzes und das Inkrafttreten des Baumschutzgesetzes erforderten ebenfalls umfangreiche Vorarbeiten, um die rechtlichen und organisatorischen Probleme zu lösen und in Form von Erlässen zu regeln. Die im Wiener Baumschutzgesetz vorgesehenen Aufgaben mußten in möglichst zweckmäßiger Weise bestimmten Dienststellen des Magistrates zugeordnet werden. Zur Erfüllung der behördlichen Aufgaben erster Instanz — ausgenommen die Bemessung der Ausgleichsabgaben für unterbliebene Ersatzpflanzungen, die der Magistratsabteilung für allgemeine Finanzverwaltung, Steuern und Abgaben vorbehalten bleibt — wurden die magistratischen Bezirksämter, zur Abgabe von Gutachten das Stadtgartenamt und der Forst- und Landwirtschaftsbetrieb und zur Durchführung von Ersatzpflanzungen das Stadtgartenamt berufen. Der im Zusammenhang mit den Änderungen des Mietengesetzes hinausgegebene Erlaß hatte vor allem Vorschriften verfahrensrechtlicher Art zum Inhalt. Im besonderen wurden für die Berechnung der nunmehr im Mietengesetz vorgesehenen Obergrenzen bei Hauptmietzinserhöhungen Vergleichswerte in Tabellenform bekanntgegeben, wodurch eine weitgehend gleichartige Behandlung der einzelnen zur Verhandlung stehenden Fälle gewährleistet wird.

Die Amtsinspektion war auch im Berichtsjahr wieder laufend mit der Beschaffung von **Amtsräumen** sowie mit der Organisation und Beaufsichtigung der Instandsetzung von Amtshäusern befaßt.

Bei der ständigen Beobachtung des Büromarktes wurde vor allem versucht, in der Nähe bestimmter Verwaltungszentren zusätzliche Büroräume durch Miete oder Kauf zu erlangen, um auf diese Weise die Voraussetzungen für organisatorische Verbesserungen durch die Zusammenführung bestimmter Dienststellen oder die Ausweiche bei der Renovierung von Amtsräumen zu schaffen.

So konnten zum Beispiel mehrere Etagen im Bürohausneubau 8, Lange Gasse 30, gemietet werden. Diese Etagen sind für die Magistratsabteilungen für Wohnhausbau und für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen in städtischen Objekten vorgesehen, deren bisherige Räume im Neuen Amtshaus renoviert und neuen Zwecken zugeführt werden sollen. Auch im Haus Volksgartenstraße 1 wurden zusätzliche Räume gemietet und adaptiert. Ferner wurden Bereiche in den Häusern 1, Auerspergstraße 4, 1, Doblhoffgasse 9, 1, Rathausstraße 11, und 8, Friedrich Schmidt-Platz 4, für Amtsräume gemietet. In unmittelbarer Nähe des Schottenringblockes (Schottenring 24 und andere), in dem sich vorwiegend die Dienststellen der Geschäftsgruppe Soziales und Gesundheit befinden, konnte ein Büro- und Geschäftshaus käuflich erworben werden.

Für die Erhebung der vorhandenen Amtsräume wurden neue Formblätter ausgearbeitet, die sich als außerordentlich nützlich erwiesen haben und rasch die Raumsituation in einem bestimmten Bereich erkennen lassen. Mitte des Jahres konnte eine neue Raumeinteilung für die oberen Geschosse im Bartensteinblock (Rathausstraße 2 und andere) getroffen werden, die die Zusammenfassung der in drei Gebäuden untergebrachten Magistratsabteilung für Wohnhäusererhaltung im Bartensteinblock, in dem sich auch die mit dieser Abteilung eng zusammenarbeitende Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude befindet, vorsieht. Für den Schottenringblock erstellte die Amtsinspektion einen Besiedlungsplan, mit dessen etappenweiser Realisierung noch im Jahre 1974 begonnen wurde und der eine

Entflechtung beziehungsweise eine geordnete Unterbringung der dort befindlichen Dienststellen zum Ziel hat. In diesem Zusammenhang wurden auch Verbesserungsarbeiten in den Amtsräumen durchgeführt.

Auf dem Sektor der Instandsetzung von Amtshäusern sind ferner nachstehende weitere Ergebnisse zu verzeichnen: Im Hochparterre des Rathauses konnte der zweite Abschnitt der Renovierung der Räume für die Magistratsabteilung für Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten abgeschlossen werden. Die Arbeiten werden in den bisher von der Tapeziererwerkstätte der Rathausverwaltung benützten Räumen fortgesetzt. Im Halbstock des Rathauses wurde der zweite Bauabschnitt des Personalamtes begonnen. Im Herbst begann die Renovierung der Räume der Staatsbürgerschaftsevidenz im Parterre des Rathauses. Im 2. Stock des Rathauses wurde mit der Renovierung der Räume der Magistratsabteilung für Stadtstrukturplanung und einer Buchhaltungsabteilung begonnen.

Die noch im Jahre 1973 begonnenen Arbeiten zur Beistellung von Klubräumen für die im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien konnten abgeschlossen werden.

Die Renovierung des Bartensteinblockes wurde mit Arbeiten in den beiden obersten Geschossen des Hauses 1, Rathausstraße 4, fortgesetzt.

Die Arbeiten für die WÖK im Neuen Amtshaus (Rathausstraße 14—16) konnten abgeschlossen und der Betrieb Mitte des Jahres eröffnet werden.

Die Adaptierungsarbeiten in dem von der Israelitischen Kultusgemeinde gemieteten Haus 1, Schottenring 25, wurden mit der Renovierung des 3. und 4. Stockes abgeschlossen. Noch im Berichtsjahr konnte in den neuen Räumen die Magistratsabteilung für Nutzbauten untergebracht werden, deren bisherige Räume im Neuen Amtshaus für andere Dienststellen generalrenoviert werden sollen.

Im Amtshaus 9, Währinger Straße 39, konnte die Instandsetzung der für die zusammengelegten Sozialreferate 1/8/9 vorgesehenen Räume abgeschlossen werden. Im Amtshaus 15, Gaspasse 8—10, wurde die Generalrenovierung nach Festlegung der Ausweichräume mit den Arbeiten in den Räumen des Bezirksjugendamtes 15 und an den Sanitäreinrichtungen festgesetzt. Die Generalrenovierungen der Amtshäuser 16, Richard Wagner-Platz 19, und 20, Brigittaplatz 10, wurden gleichfalls fortgeführt. Während des Berichtsjahres wurde am Zubau zum Amtshaus der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau in 17, Lienfelderstraße 96, weitergearbeitet. Die Erweiterung des Bezirksjugendamtes 21 im Amtshaus 21, Am Spitz 1, brachte Instandsetzungsarbeiten in den Büroräumen mit sich.

Die Planung des neuen Forum-Gebäudes wurde unter ständiger Mitwirkung der Amtsinspektion, der Stadtbauamtsdirektion und verschiedener Fachdienststellen immer mehr ins Detail gehend von dem privaten Architektenteam fortgesetzt, wobei besonderes Augenmerk auf Kostenreduzierungen gelegt wurde.

Die im **Personenkraftwagenbetrieb** verwendeten Fahrzeuge legten im Jahre 1974 insgesamt rund 1,030.000 Kilometer zurück.

Das Arbeitsgeschehen des **Büros für Organisation der automatischen Datenverarbeitung** war im Jahre 1974 vor allem von drei Faktoren geprägt:

- a) Erweiterung der Hardware, um den steigenden Anforderungen der Verwaltung gerecht werden zu können.
- b) Konsolidierung der Systemsoftware (Betriebssystem, Datenbank, Teleprocessing), um dem Benutzer mehr Sicherheit zu bieten.
- c) Normierung der BOD-internen organisatorischen Vorgangsweise, um eine transparentere und straffere Projektentwicklung und -organisation zu ermöglichen.

Der Schwerpunkt der Projektentwicklung lag in den Projekten „Bezugsverrechnung“, „Abgabenverrechnung“, „Mietenverrechnung“ und „Personenwesen“.

Von den wichtigsten der im Jahre 1975 bearbeiteten Projekte seien angeführt:

Für die Haushaltslisten der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1973 erfolgte eine Nacherfassung auf Nixdorf-Geräten. Die Organisation und Programmierung der entsprechenden Prüf-, Korrektur- und Druckprogramme für die nächste Personenstands- und Betriebsaufnahme im Jahre 1976 wurde vorbereitet. Die Nacherfassung der Haushaltslisten war mit 31. Dezember 1974 zu etwa 35 Prozent fertiggestellt. Die Unterstützung der Standesämter wurde durch Optimierung der Software weiter verbessert. Die Umstellung und Neuorganisation der Wählerevidenz von BULL auf IBM war das wichtigste Projekt im Bereich des Personenwesens. Die Datenübernahme von BULL ist abgeschlossen und der Testlauf mit drei Terminals in der Magistratsabteilung für Wahlen wurde vorbereitet. Ebenso ist die notwendige Systemsoftware fertiggestellt; etwa 50 Prozent der problemorientierten Programme sind geschrieben und getestet. Von dem im ursprünglichen Konzept veranschlagten 9 Mannjahren sind bis Ende 1974 etwa 4 Mannjahre verbraucht worden. Für die Zusammenführung der Daten aus den Bereichen „Haushaltslisten“, „Standesamt“ und „Wählerevidenz“ wurden vorbereitende Arbeiten ge-

leistet. Es werden laufend Auswertungen für die Schulverwaltung erstellt, die zur Schulraumplanung verwendet werden.

Die Verrechnung der Hausbesorgerbezüge für die Wohnhäuserverwaltung konnte mit 1. Jänner 1975 auf EDV übernommen werden. Die Umstellung der Bezugsverrechnung von BULL auf IBM konnte 1974 so weit vorbereitet werden, daß die Übernahme der einzelnen Verrechnungsgruppen auf die IBM-Anlage ab Mai 1975 sukzessive erfolgen kann.

Die Programme für die amtlich zu bemessenden Abgaben wurden laufend optimiert und verbessert. Weiters konnten die Arbeiten an der Räumungsgebühr und an den Selbstbemessungsabgaben (Dienstgeberabgabe, Getränke- und Gefrorenessteuer, Lohnsummensteuer und Strafen) begonnen werden. Zusätzlich mußte das Projekt Parkometerabgabe übernommen werden, das bis Ende 1974 zu etwa 50 Prozent fertiggestellt werden konnte. Ferner wurden die Vorarbeiten für die Umstellung der Haushaltsverrechnung in Angriff genommen.

Die Schwerpunkte der Arbeit im Referat Grundstückswesen und Planung lagen auf den Gebieten des Straßenwesens (Koordination im Straßenbereich, Straßenverzeichnis) und in der Erstellung einer alle Wiener Adressen enthaltenden Adreßdatei. Die koordinatenmäßige Erfassung der Baublöcke für die Adreßdatei wurde vorbereitet und organisiert.

Auf Grund der Herausgabe der „Österreichischen Richtlinien für elektronische Bauabrechnung“ mußte der gesamte Komplex „Elektronische Bauabrechnung“ neu organisiert und teilweise umprogrammiert werden. Zur besseren Erledigung der Arbeiten für die „Technische Bestandsaufnahme und -fortführung“ sowie den „Objektentwurf und geodätische Grundlagenmessungen“ wurde für die Stadtvermessung ein Dialogsystem geschaffen, das es erlaubt, diese Arbeiten über ein Terminal zu erledigen. Schließlich wurden zwei Bauausschreibungen über EDV bearbeitet.

Im Jahre 1974 konnte eine automatische Zeichenanlage installiert werden, die in Zukunft besonders auf dem Gebiet der Stadtkartenherstellung eingesetzt werden soll. Die Koordinatenerfassung (Digitalisierung) wurde softwaremäßig und personell so weit vorbereitet, daß 1975 die Erfassung der Baublöcke für die Adreßdatei durchgeführt werden kann.

Der Mieteneinzug für die Gemeindewohnungen konnte in den geplanten Bezirken durchgeführt werden, obwohl weitreichende Änderungswünsche der Fachabteilung in die bereits laufenden Programme eingearbeitet werden mußten. Die Baukostenbeitragsverrechnung wurde neu organisiert, die Datenerfassung auf Olivetti-Geräte umgestellt und die Zahlscheine optisch lesbar gestaltet. Die Programmierung der ersten Stufe wurde im Dezember 1974 abgeschlossen. Die Mietzinsvorschrift wurde gemeinsam mit der Wohnhäuserverwaltung und deren Buchhaltung konzipiert und vom BOD bis in die Phase der Detailorganisation vorangetrieben.

Am Sektor des Gesundheitswesens wurden die Arbeiten an der Pflegeheimverrechnung vorläufig abgeschlossen. Bisher konnten in der Pflegegebührenstelle des Anstaltenamtes sieben Dienstposten eingespart werden. Für die Projekte „Psychiatrisches Krankenhaus — Pflegegebührenverrechnung“, „Patientendatenerfassung — Sophienspital“ und „Mikroverfilmung — Rudolfstiftung“ wurden vorbereitende Arbeiten (Voruntersuchungen) geleistet.

Im Bereich der Automatisierung der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark lag der Hauptakzent in der Umstellung der Materialwirtschaft. Dieses Teilprojekt konnte einschließlich der Umstellung der Materialnummern auf ein neues Nummernsystem zu 80 Prozent fertiggestellt werden. Die Auftragsabrechnung und Fakturierung ist zu etwa 90 Prozent abgeschlossen, die Leistungserfassung des Personals und die Erfassung der Fahrtausweise zu je 80 Prozent sowie die KFZ-Verwaltung zu 100 Prozent.

Im Jahre 1974 wurde die *Hardware* sowohl im Rechenzentrum des BOD als auch in verschiedenen Magistratsabteilungen bedeutend erweitert; so durch 1 IBM 370/158 Anlage mit 1500 K Hauptspeicher, 3 IBM 3330 Magnetplattenspeicher, 4 IBM 3420 Magnetbandstationen, 1 IBM 2701 Ferndatensteuereinheit, 11 IBM 3270 Terminals, 7 IBM 3270 Programmiererteststationen für BOD, 4 IBM 3270 Testgeräte für die Wählerevidenz, 1 Nixdorf 840 und 4 Nixdorf 720 Programmiererteststationen für BOD. Neben der im Jahre 1974 vorbereiteten Miete einer IBM 370/158 Anlage ist vor allem der Ausbau des Teleprocessing-Netzes und der verstärkte Einsatz von Programmiererteststationen hervorzuheben.

Auf allen Gebieten der *Software* wurde der Konsolidierung und Beruhigung Vorrang eingeräumt. Besonderes Gewicht wurde auf die Entwicklung von Konzepten gelegt, die die Betriebssicherheit erhöhen (Wiederanlauf, Datenschutz) und maschinelle Aufzeichnungen über die Durchführung der Arbeiten an den Anlagen erlauben.

Im Rahmen der *Projektlenkung* wurde vor allem die Ablauforganisation des internen BOD-Betriebes durch die Ausarbeitung von Normen, Dienstanweisungen und Organisationskonzepten ver-

bessert. Die Projektplanung, Projektkoordination und Projektüberwachung wurde im Konzept geregelt. Vorbereitend für die testweise Einführung der Kostenrechnung im BOD wurde in einem Arbeitskreis ein Grundkonzept erarbeitet.

Bemerkenswertestes Ergebnis der BOD-Schulung war die Vorbereitung der Unterweisung aller Organisatoren und Programmierer des BOD in einem einheitlichen ADV-Organisationskonzept. Zum Besuch von EDV-bezogenen Fachkursen und Seminaren wurden 1974 insgesamt 854 Manntage aufgewendet; von Bediensteten des BOD wurden 225 Unterrichtsstunden selbst gestaltet und gehalten.

Besonders schwierig gestaltete sich die Büroraumplanung des BOD, obwohl einige Räume in der Rathausstraße 8 adaptiert und zur Verfügung gestellt werden konnten.

Im Rechtsmittelbüro fielen im Jahre 1974 an: 247 Berufungen, 11 Devolutionsanträge, 9 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden, 1 Verfassungsgerichtshofbeschwerde, 3 Stellungnahmen in Abgabensachen; 950 Berufungen, 16 Devolutionsanträge, 27 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden, 7 Verfassungsgerichtshofbeschwerden, 10 Stellungnahmen in Bausachen; 329 Berufungen, 7 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden, 1 Verfassungsgerichtshofbeschwerde in Strafsachen sowie 83 Berufungen, 1 Devolutionsantrag, 1 Verwaltungsgerichtshofbeschwerde und 2 Verfassungsgerichtshofbeschwerden in sonstigen Sachen. Erstinstanzliche Erledigungen, Teilnahme an Amtsbesprechungen, Berichterstattungen und Abgabe von Äußerungen (zum Beispiel zu Gesetzentwürfen) betrafen 337 Rechtssachen; 6.720 Akten, meist Berufungsakten anderer Dienststellen, waren zu überprüfen. Außerdem besorgte das Rechtsmittelbüro die Beratung der Stadtbauamtsdirektion und der ihr unterstellten Abteilungen in allen grundsätzlichen Angelegenheiten. Von den im Jahre 1974 eingetretenen Veränderungen in der Gesetzgebung wirkten sich vor allem die Altstadterhaltungsnovelle 1972, LGBL. für Wien Nr. 16/1972, und das Baumschutzgesetz, LGBL. für Wien Nr. 27/1974, auf die Tätigkeit des Rechtsmittelbüros aus, und zwar dadurch, daß sie bei der Erledigung von Berufungen in Bausachen bisweilen zusätzliche Erhebungen erforderlich machen.

Über Auftrag des Herrn Bürgermeisters wurde im April 1974 das Büro für Sofortmaßnahmen in der Magistratsdirektion errichtet. Die Schaffung dieser Dienststelle diene vor allem dazu, Wünschen, Anliegen und Beschwerden der Bevölkerung, die an die Stadtverwaltung herangetragen werden und die Zuständigkeit verschiedener Dienststellen betreffen, nachzugehen, zu überprüfen und allenfalls möglichst im Sinne der Wiener Bevölkerung zu erledigen. Soweit aus Zeitungsmeldungen oder anderen Massenmedien Angelegenheiten aufgezeigt werden, die die Stadtverwaltung betreffen, obliegt es dieser Dienststelle, im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für Informationswesen diese Angelegenheiten zu verfolgen, wenn möglich abzustellen beziehungsweise die Richtigkeit aufzuzeigen. Außerdem soll diese Dienststelle, soweit Agenden über den Bereich einer Geschäftsgruppe hinausgehen, richtunggebend und koordinierend wirken. Diese Dienststelle untersteht weisungsmäßig dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Magistratsdirektor, in deren Auftrag Weisungen an alle städtischen Dienststellen ergehen können.

In der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1974 war das Büro für Sofortmaßnahmen mit 646 Geschäftsstücken befaßt, von denen bis Jahresende insgesamt 510 einer Erledigung zugeführt werden konnten.

Aus dem Tätigkeitsbereich sei die Veranlassung der Säuberung von 58 verunreinigten und verwahrlosten Grundstücken oder -flächen hervorgehoben, weil es bisher den magistratischen Bezirksämtern nicht immer rasch gelang, sanitäre Übelstände auf Privatgrundstücken abzustellen. Größtenteils wurde mit mehr oder minder erfolglosen Verwaltungsstrafen gegen die Eigentümer vorgegangen. Erst die verstärkte Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1925, betreffend die Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch das Überhandnehmen von Ratten, BGBl. Nr. 68/1925, und der nachfolgenden Zwangsräumung, wobei die uneinbringlichen Kosten als Forderung in das Grundbuch eingetragen wurden, brachten die gewünschten Erfolge. Beim überwiegenden Teil der Liegenschaftseigentümer genügte jedoch schon die bloße persönliche Androhung dieser Vorgangsweise und nachfolgende regelmäßige Kontrolle, um solche Übelstände abzustellen. Auch mußte mehrfach mit Bundesdienststellen hinsichtlich der Sanierung von Bundesliegenschaften, zum Beispiel der ÖBB-Damm der Ostbahn in 11, Arsenalstraße, verhandelt werden.

In jenem Aufgabenbereich, der sich mit Beschwerden aus der Bevölkerung befaßt, über Aufträge von Mandataren erfolgt oder aus eigener Initiative sich mit bekanntgewordenen Problemen der Wiener Bevölkerung oder städtischen Dienststellen beschäftigt, konnten im Berichtszeitraum insgesamt 439 Geschäftsfälle erledigt werden. Die Einschreiter beziehungsweise Betroffenen werden auf die verschiedenste Art und Weise, und zwar durch persönliches Gespräch, fernmündlich, schriftlich oder über Dritte (Presse usw.) von der Erledigung benachrichtigt. Von diesen 439 Fällen konnten 292 positiv, das heißt im Sinne des Anliegens erledigt werden.

Im einzelnen sei hierbei besonders hervorgehoben:

Die Einführung des Abschleppens verkehrsbeeinträchtigend abgestellter Kraftfahrzeuge in Wien, wobei die gesamte Abwicklung vom Auftrag bis zum ersten Abschleppvorgang vom Büro für Sofortmaßnahmen durchgezogen wurde; die Arbeiten zur Errichtung zweier Wildbadeplätze am Mühlwasser und die Planung von drei weiteren in der Lobau; die Vorarbeiten zur Pachtung eines Baggerteiches in Süßenbrunn von der Theresianischen Akademie und Planung der weiteren Ausgestaltung zum Erholungsraum; die Absiedlung eines Steinmetzbetriebes im 13. Bezirk zugunsten des Baues einer Zufahrtsstraße zum neuen ORF-Zentrum am Königlberg und Transferierung des Betriebes binnen weniger Wochen an einen neuen Standort, ohne daß dadurch der weitere Fortbestand des Betriebes gefährdet worden wäre; die Reinigung des im 23. Bezirk gelegenen Steinsees von Schlamm und dessen Ablagerung mit nachfolgender Begrünung der Deponie sowie die Umgestaltung eines ehemaligen Wrackabstellplatzes des Magistrats im 14. Bezirk zu einer Parkanlage.

Im Jahre 1974 gelang es auch, die von der Hirscheninsel abgesiedelten FKK-Vereine „Gesundes Leben“ und „Verein für Freie Körperkultur“ durch intensive Verhandlungen so weit zu bringen, daß eine gemeinsame Pachtung des zukünftigen FKK-Geländes Donaustadt nunmehr realisierbar erscheint.

Schließlich ist noch die Koordinierung des Festwochenputzes 1974 und des 2. Beschleunigungsprogramms für den öffentlichen Verkehr in Wien zu erwähnen.

Die Tätigkeit des im Herbst 1973 in der Magistratsdirektion neu geschaffenen Koordinationsbüros konzentrierte sich im Jahre 1974 vor allem auf die Bildung von Koordinationsgremien und -mechanismen sowie auf deren Betreuung, auf die Schaffung und Beschaffung von Koordinationsgrundlagen sowie auf die Koordinierung von wichtigen, den Aufgabenbereich mehrerer Geschäftsgruppen berührenden Einzelangelegenheiten.

Das Schwergewicht der Tätigkeit des Koordinationsbüros bildete die Betreuung des Koordinationsausschusses und der von diesem eingesetzten Projektgruppen. Der aus den von den jeweiligen Angelegenheiten betroffenen Stadträten und aus leitenden Beamten gebildete Koordinationsausschuß hielt unter dem Vorsitz des Magistratsdirektors im Jahre 1974 insgesamt 6 Sitzungen ab. Dem Koordinationsbüro oblag die Vorbereitung der Sitzungen, die Ausarbeitung von Vorlageberichten, die Protokollführung sowie die Durchführung der Beschlüsse des Koordinationsausschusses. Der Koordinationsausschuß setzte im Berichtsjahr zur Entscheidungsvorbereitung 10 Projektgruppen ein. Diese hatten die Problemkreise Wohnbauprobleme, Vollziehung des Stadterneuerungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes, Altstadterhaltung, mittelfristige Flächenbilanz, Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsgesellschaft, mittelfristige Finanzplanung, Park-and-Ride-Probleme, Hochleistungsstraßen, Probleme der Wiener Stadterwerke und Energiekonzepte zu bearbeiten. Diese Projektgruppen, die sich aus Vertretern sämtlicher mit den zur Diskussion stehenden Problemen befaßter Dienststellen zusammensetzten, hielten im Berichtsjahr insgesamt 57 Sitzungen ab. Die administrative Betreuung der Projektgruppen erfolgte durch das Koordinationsbüro. Das Koordinationsbüro war darüber hinaus im Berichtsjahr in einer Reihe weiterer ressortübergreifender Fragen behandelnder Arbeitskreise koordinierend tätig.

Das Koordinationsbüro übernahm im Jahre 1974 auch die Agenden der Koordinierung der Grundlagenforschung städtischer Dienststellen. Auf Grund von Vorschlägen der Dienststellen über durchzuführende Forschungsarbeiten und nach Koordinationsgesprächen wurden auf die Forschungskapazität der Institute und auf die Forschungsbedürfnisse der einzelnen Dienststellen abgestimmte Jahresprogramme erarbeitet, ein Meldesystem über beabsichtigte Forschungsvorhaben geschaffen und eine Auftragsvidenz im Koordinationsbüro eingerichtet. Das Koordinationsbüro erstellte im Berichtsjahr auch eine Zusammenstellung sämtlicher seit 1960 im Auftrag städtischer Dienststellen durchgeführter Grundlagenforschungen. Es veranlaßte weiters eine systematische Dokumentation der Forschungsergebnisse und sorgte für einen entsprechenden Informationsaustausch über Forschungsergebnisse zwischen den städtischen Dienststellen.

Als weitere Aktivität auf dem Gebiete der Koordinierung ist die systematische Erfassung von Dienstreiseberichten, deren Auswertung und die Weitergabe von interessanten Mitteilungen an Dienststellen zu erwähnen. Im Jahre 1974 wurden 271 Dienstreiseberichte ausgewertet; 116 Dienststellen wurden interessante Aussagen aus 70 Dienstreiseberichten zugänglich gemacht.

Neben der Beschaffung von bei den städtischen Dienststellen vorhandenen Koordinationsgrundlagen, wie Programmen, Konzepten, Statistiken, befaßte sich das Koordinationsbüro auch mit der Zusammenfassung des Erkenntnisstandes auf einzelnen Sachgebieten. Die Zusammenfassungen betrafen die Energiesituation, die Entwicklungstendenzen der Wiener Bevölkerung, die Gastarbeiterproblematik, den Wohnungsbau, die Wohnbaufinanzierung und anderes mehr. Darüber hinaus veranlaßte das Koordinationsbüro auch einige Untersuchungen durch externe Stellen.

Ein weiteres Schwergewicht der Tätigkeit bestand im Jahre 1974 in der Erfüllung von zahlreichen konkreten Koordinationsaufgaben unterschiedlichen Umfanges sowie in der Abgabe von Stellungnahmen zu Ressortvorhaben aus stadtentwicklungspolitischer Sicht. Insgesamt wurden vom Koordinationsbüro mehr als 600 Geschäftsstücke behandelt.

Der Personaleinsatz führte am 31. Dezember 1974 die Dienstaufsicht über 2.002 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 2.906 Kanzleibeamte, 15 jugendliche Stenotypisten, 340 Erzieher, 375 Fürsorger, 111 Bedienstete der ADV, 168 Büchereibedienstete, 509 Amtsgehilfen, 125 halbtägig Beschäftigte, 319 Sondervertragsbedienstete, Museumsaufseher, Heimaufseher, Facharbeiter, Kraftwagenlenker, Bedienstete der Hafenerbetriebsges. mbH, Hilfskräfte und dergleichen, 836 Bürokaufmannslehrlinge, 29 Lehrlinge des technischen Dienstes, 82 Kanzleipraktikanten, zusammen also 7.817 Bedienstete. In diesen Zahlen sind die auf Karenzurlaub befindlichen Bediensteten sowie die zur Ableistung des Präsenzdienstes Einberufenen enthalten.

Die Anzahl der in der Personalausgleichsstelle I geführten Bediensteten erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 266 auf 331. Diese Erhöhung ist unter anderem durch vermehrte Karenzurlaube aus Anlaß der Mutterschaft (224) zu erklären. In der Personalausgleichsstelle II werden 16 Bedienstete (im Vorjahr 15) geführt.

Im Berichtsjahr wurden in Ausübung der Dienstaufsicht 2.314 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. Durch Pensionierung, Kündigung, Dienstesentsagung oder Tod schieden 201 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 251 Kanzleibedienstete, 55 Erzieher, 37 Fürsorger, 19 Büchereibedienstete, 36 Amtsgehilfen und 55 sonstige Bedienstete aus.

Auch im Jahre 1974 führten Organe des Personaleinsatzes in Ausübung der Dienstaufsicht 178 Revisionen von Dienststellen durch beziehungsweise wirkten sie an von der Amtsinspektion durchgeführten Überprüfungen mit.

Von der automatischen Textverarbeitung, welche bereits zu einer festen, von vielen Dienststellen in Anspruch genommenen Einrichtung wurde, wurden anlässlich der Aktion „autofreier Tag“ 2.664 Berufungsbescheide neben allen sonstigen anfallenden Schreibebeiten zur Ausfertigung übernommen.

Im Jahre 1974 bewarben sich 313 Maturanten — um 109 mehr als im Vorjahr — um Aufnahme als Fachbeamte des Verwaltungsdienstes. 312 von ihnen haben sich für eine Aufnahme als geeignet erwiesen und wurden auch aufgenommen. In Anbetracht des Umstandes, daß sich genügend Maturanten um eine Anstellung beworben und der Abgang an Kanzleibeamten aus den Reihen der Bürokaufmannslehrlinge ergänzt werden konnte, wurde die Werbung auf diesem Sektor eingeschränkt. Aufnahmetests für Kanzleibedienstete, jugendliche Stenotypisten und Teilbeschäftigte wurden 122 Bewerber unterzogen, 79 entsprachen den Anforderungen.

Die Anfänger-Intensivkurse für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes im Maschinschreiben wurden fortgesetzt.

Es wurden 15 Vorbereitungskurse für Fachprüfungen abgehalten, an welchen 375 Bedienstete teilnahmen. Von den zu den Fachprüfungen angetretenen Bediensteten haben 345 die Prüfung bestanden, 82 von ihnen mit Auszeichnung; 30 Bedienstete erhielten für das Prüfungsergebnis eine auszeichnungswiese Vorrückung um eine Gehaltsstufe zuerkannt.

Im Jahre 1974 wurden ebenso wie in den Jahren 1971, 1972 und 1973 25 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes zu einer einwöchigen Studienfahrt nach Hamburg eingeladen, um die Verwaltung der Stadt kennenzulernen. Zu demselben Zweck kommen alljährlich auch Beamte aus der Bundesrepublik Deutschland nach Wien.

Durch die Krankenkontrolle wurden 3.185 Krankmeldungen überprüft; bei 1.840 Bediensteten war ein Hausbesuch notwendig und bei 1.381 mußte eine amtsärztliche Untersuchung veranlaßt werden.

Bei der Bewirtschaftung des Dienstpostenplanes für den Magistrat der Stadt Wien war im Jahre 1974 annähernd die gleiche Anzahl wie im Vorjahr (etwa 50.000) an Vormerkungen und Eintragungen betreffend die dienstrechtliche Stellung der einzelnen Bediensteten vorzunehmen.

Im Jahre 1974 haben sich 605 Jugendliche um eine Aufnahme als Bürokaufmannslehrlinge bei der Stadt Wien beworben und sind zur Aufnahmeprüfung angetreten. 332 haben diese Prüfung bestanden. 309 davon haben schließlich ihre Lehrausbildung bei der Stadt Wien begonnen.

Der Gesamtstand an Lehrlingen betrug am 31. Dezember 1974 insgesamt 865 Lehrlinge, davon 261 Bürokaufmannslehrlinge im 1. Lehrjahr, 273 Bürokaufmannslehrlinge im 2. Lehrjahr, 302 Bürokaufmannslehrlinge im 3. Lehrjahr und 29 Lehrlinge des technischen Dienstes.

Bei den Bürokaufmannslehrlingen, Kanzleilehrlingen und den Lehrlingen des technischen Dienstes wurden innerhalb der Dienststellen des Magistrates 1.704 Versetzungen durchgeführt.

Die letzte Gruppe der ehemaligen Kanzleilehrlinge, welche bisher nicht nach den Bestimmungen des Berufsausbildungsgesetzes, BGBl. Nr. 142/69, behandelt werden konnten, wurde nunmehr auch zur Ablegung der Bürokaufmannsgehilfenprüfung zugelassen. Im Jahre 1974 haben 272 Bürokaufmannslehrlinge ihre Lehrzeit erfolgreich beendet.

Diese ehemaligen Lehrlinge erhielten bei der Abschlussfeier am 28. Juni 1974 vom amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform ein Diplom, ein Staatsbürgerbuch und je nach ihren Qualifikationen ein bis vier Golddukaten. Am 30. September 1974 wurden Bürokaufmannslehrlinge, welche alle drei Schuljahre hindurch ein Vorzugszeugnis erhielten, vom amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten zu einem Mittagessen im Rathauskeller eingeladen und erhielten außerdem ein Diplom des Stadtschulrates; diejenigen Bürokaufmannslehrlinge hingegen, welche im jeweiligen Schuljahr eine überdurchschnittliche Schulleistung aufwiesen, nahmen am 2. Oktober 1974 an einer Stadtrundfahrt und an einer Jause im Donauturm teil.

Am 28. Oktober 1974 wurden die neu aufgenommenen Bürokaufmannslehrlinge dem amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten, dem Magistratsdirektor und dem Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vom Leiter der Magistratsdirektion — Personaleinsatz vorgestellt.

Die Lehrlingsentschädigung wurde 1974 wieder erhöht und betrug Ende 1974 für Lehrlinge im 1. Lehrjahr 1.450 S (früher 1.200 S), im 2. Lehrjahr 1.850 S (früher 1.550 S) und im 3. Lehrjahr 2.400 S (früher 2.000 S).

Im Jahre 1974 wurde eine „Zentrale Ausbildungsstelle für Bürokaufmannslehrlinge“ eingerichtet. Zweck dieser Einrichtung ist es, vor allem die neu aufgenommenen Bürokaufmannslehrlinge mit den Grundbegriffen der Kanzleiarbeiten vertraut zu machen und ihnen durch Exkursionen und Vorträge die Aufgaben der Stadtverwaltung nahezubringen. Diese Ausbildung wird turnusweise durchgeführt; bis Ende 1974 wurden 120 Bürokaufmannslehrlinge erfaßt.

An Kanzleipraktikanten haben sich im Jahre 1974 73 Personen um Aufnahme beworben, 46 traten in den Dienst der Stadt Wien. Auch die Entschädigung dieser Bedienstetengruppe erhöhte sich im Jahre 1974 von 3.000 S auf 3.310 S.

1974 fand wieder eine Anzahl von Sonderaktionen statt, für welche der Personaleinsatz Personal bereitzustellen hatte:

Bis Ende Februar waren 246 und im März noch 180 Aushilfsbedienstete mit Auswertungsarbeiten der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1973 beschäftigt. Dieser Bedienstetenstand wurde in der Folge laufend verringert und mit Ende Mai 1974 zur Gänze aufgelöst. Von Anfang Juni 1974 bis Ende August 1974 waren 50 Aushilfsbedienstete für die Vorbereitungsarbeiten zur Erfassung der Schöffen bereitzustellen. Für die Bestätigungen der Unterstützungserklärungen für den Einleitungsantrag betreffend ein Volksbegehren zu § 97 des Strafgesetzbuches wurden ab Anfang November 1974 46 Aushilfsbedienstete eingesetzt. Im Dezember 1974 fand die agrarstatistische Erhebung in Verbindung mit einer Viehzählung statt, für welche 100 Gemeindebedienstete benötigt wurden, welche ebenfalls vom Personaleinsatz zu erfassen und den einzelnen magistratischen Bezirksämtern zur Verfügung zu stellen waren.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Bundespräsidentenwahl vom 23. Juni 1974 erforderten ebenfalls wieder eine größere Anzahl von Hilfskräften: Vom 13. Mai bis 21. Juni wurden bei den magistratischen Bezirksämtern 160 Aushilfsbedienstete benötigt. Für die Durchführung der Bundespräsidentenwahl (Beistellung von Sprengelwahlleitern, -Stellvertretern und Ordnern) wurden 15.828 Gemeindebedienstete erfaßt, 8.402 kamen schließlich am Wahltag zum Einsatz.

Vom Zentralexpedient wurden im Jahre 1974 8.280.665 Sendungen bearbeitet: 564.497 Postsendungen langten ein, 2.236.168 wurden befördert (davon 26.376 ins Ausland). 5.110.000 Sendungen, wie Akten, Briefe, Pläne und dergleichen, von Dienststellen des Magistrates wurden zur Beförderung übernommen; 210.000 Dienststücke langten von Bundesbehörden ein, 160.000 wurden an Bundesbehörden weitergeleitet. Die Portospesen betrugen 3.783.315 S. An der Amtstafel wurden 1.652 Kundmachungen angeschlagen. Die beiden Zustellwagen legten eine Gesamtstrecke von zirka 36.000 Kilometern zurück.

Das Stenographenbüro hatte im Jahre 1974 die Protokolle von 8 Sitzungen des Landtages, der insgesamt 10 Stunden und 30 Minuten tagte, sowie von 12 Sitzungen des Gemeinderates mit zusammen 81 Stunden 25 Minuten Dauer auszuarbeiten. Außerdem waren über Auftrag des Herrn Bürgermeister ab 19. März 1974 wörtliche stenographische Protokolle der Sitzungen der Wiener Landesregierung und des Wiener Stadtsenates aufzunehmen.

Die im Jahre 1974 vom Stenographenbüro ausgearbeiteten Sitzungsprotokolle des Gemeinderates umfassen 2.607 Seiten, die Sitzungsprotokolle von Landesregierung und Stadtssenat 1.079 Seiten, insgesamt somit 3.686 Maschinschriftseiten. Die nachstehende Aufstellung bietet einen Überblick über die

schriftlichen Anträge, Anfragen und Anfragebeantwortungen, die vom Stenographenbüro in die Sitzungsprotokolle der Landtags- und Gemeinderatssitzungen aufzunehmen waren:

	Anträge	Landtag Anfragen und Anfrage- beantwortungen	Anträge	Gemeinderat Anfragen und Anfrage- beantwortungen
SPÖ	—	—	7	—
ÖVP	12	2	70	49
FPÖ	11	8	43	84
gemeinsam SPÖ und ÖVP	—	1	1	—
gemeinsam SPÖ, ÖVP und FPÖ	—	—	1	—
Zusammen	23	11	122	133